

KOMPAKT **HESSEN**
KURIER 

AUGUST 2020
60. JAHRGANG



#GERADEJETZTCDU

asecos®

Ihr Experte für Gefahrstofflagerung



- »» Sicherheitsschränke
- »» Gefahrstoffarbeitsplätze
- »» Gefahrstoffhandling
- »» Raucherkabinen und Luftreiniger
- »» Technische Entlüftung

...und Vieles mehr!



Den **Imagefilm** der asecos GmbH
finden Sie unter:



asecos®
academy

Die **innovative Lernplattform** -
Wissen live erleben:



asecos.com/academy



LIEBE LESERINNEN UND LESER DES HESSENKURIER,

das Corona-Virus und seine Folgen stellt die ganze Welt vor große Herausforderungen. Wir hier in Hessen haben auf diese Pandemie besonnen reagiert und führen das Land stabil durch die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch auf Bundesebene ist es gelungen, Deutschland bislang besser durch die Krise zu steuern, als dies in vielen anderen Ländern der Fall ist. Insbesondere Bundeskanzlerin Merkel, Bundesgesundheitsminister Spahn und Kanzleramtsminister Prof. Braun haben sich um unser Land verdient gemacht. Diese besonnene und erfolgreiche Arbeit hat auch zu einem großen Vertrauenszuwachs gerade für die Union geführt und zeigt sich in den sehr erfreulichen Umfragewerten. Dieses Vertrauen müssen wir jetzt auch als Partei nutzen. Deshalb haben wir als Landesverband eine neue Mitgliederwerbekampagne aufgelegt. Sie steht unter dem Motto: **Gerade jetzt: Zusammenhalten. CDU-Mitglied werden.**

Wir bitten Sie: Greifen Sie unsere Mitmach-Aktion #GeradeJetztCDU vor Ort auf! Machen Sie mit und werben Sie aktiv bei Ihren Freunden, Nachbarn und Bekannten. Trauen Sie sich – jetzt ist die richtige Gelegenheit dafür.

„DER HESSISCHE LANDTAG HAT EIN MILLIARDENSCHWERES MASSNAHMENPAKET ZUR BEWÄLTIGUNG DER FOLGEN DER CORONA-PANDEMIE AUF DEN WEG GEBRACHT.“

Ein weiterer wichtiger Schritt bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie ist auf den Weg gebracht: Der Hessische Landtag hat ein milliardenschweres Maßnahmenpaket beschlossen. Das ist notwendig für Hessen, für die Menschen, für Unternehmen und für unsere Kommunen. Denn das Sondervermögen „Hessens gute Zukunft sichern“ hilft, die Folgen der Corona-Pandemie abzumildern und stellt die Weichen für eine gute Zukunft in Hessen. Es stellt bis Ende 2023 bis zu zwölf Milliarden Euro bereit und gibt Unternehmen und allen Betroffenen ein hohes Maß an Planbarkeit und Verlässlichkeit über das Jahr hinaus.

Ich hoffe sehr, dass auch Sie gut durch die Krise kommen und trotz dieser einen schönen Sommer haben. Bleiben Sie gesund, bleiben Sie uns gewogen und werben Sie für unsere CDU.

Ihr
Volker Bouffier MdL
Ministerpräsident und Landesvorsitzender der CDU Hessen



Windenergie für lokale Wertschöpfung und saubere Energie

Interview mit Joachim Wierlemann (Landesvorsitzender im Bundesverband WindEnergie Hessen und Vizepräsident des BWE)

Frage: Herr Wierlemann, warum sollten die Bürgerinnen und Bürger in Hessen auf Windenergie setzen?

Joachim Wierlemann: Weil dies unser Klima schützt, für saubere Energie sorgt und lokale Wertschöpfung schafft. Wir setzen darauf die Menschen von Anfang an einzubinden, Kommunen ins Boot zu holen und einen finanziellen Mehrwert vor Ort zu organisieren. Akzeptanz und Wertschöpfung hängen zusammen.

Frage: Wie soll die „lokale Wertschöpfung“ von WEA profitieren?

JW: Wir wollen eine direkte Beteiligung der Menschen gewährleisten und schlagen außerdem vor, ein bis zwei Prozent des jährlichen Umsatzes aus Windenergieanlagen zur Stärkung der regionalen Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen, beispielsweise durch die Finanzierung von Kindergärten, regionale Infrastrukturprojekte oder die örtliche Feuerwehr. Zudem gilt für uns: Gewerbesteuer muss zu 95 % bei der Standortgemeinde bleiben.

Frage: Was ist wichtig für die Akzeptanz?

JW: Ohne Akzeptanz gibt es keine Energiewende, ohne Energiewende keinen sauberen Strom für Licht, Mobilität und Wärme. Akzeptanz ist also das Fundament. Und Akzeptanz braucht Transparenz und Beteiligung. Von Anfang an und in jedem Verfahrensschritt. Dafür setzen wir uns ein.



Bundesverband WindEnergie



AUS DER CDU-LANDTAGSFRAKTION

15 UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ZUM MORDFALL DR. WALTER LÜBCKE

Ines Claus, Vorsitzende der
CDU-Landtagsfraktion

17 MEHR RESPEKT UND SCHUTZ FÜR UNSERE EINSATZKRÄFTE

Alexander Bauer, Innenpolitischer
Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

19 BILDUNGS- UND ZUKUNFTS- CHANCEN FÜR HESSENS SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER

Armin Schwarz, Bildungspolitischer
Sprecher der CDU-Fraktion

AUS DER PARTEI

6 #GERADEJETZTCDU

Machen Sie mit: Jetzt CDU-Mitglied
werden

12 CDU APPT MIT

Die Corona-App: Gemeinsam stärker

25 KOMMUNALWAHL-HANDBUCH 2021

CDU HESSEN

8 CORONA

CDU steht an der Seite der
Menschen

13 GEGEN HASS UND HETZE

Justizministerin Eva Kühne-Hörmann

Anzeige



Immer einen Schritt voraus
always a step ahead

JÖST
abrasives



www.joest-abrasives.de

21 HESSISCHER LANDTAG STIMMT FÜR SONDERVERMÖGEN

Mit Milliardenhilfen aus der Corona-Krise

AUS DEN VEREINIGUNGEN

24 KPV: KOMMUNALWAHL- SCHULUNGEN AUF NEUEN WEGEN

26 JU: INHALTLICHER UND PERSONELLER MOTOR DER CDU

26 UDV: CHARTA DER HEIMAT- VERTRIEBENEN BLEIBT ANSPORN

28 FU: KINDER VOR GEWALT UND MISSBRAUCH SCHÜTZEN

28 LSU: BLUTSPENDEVERBOT NICHT MEHR ZEITGEMÄSS

30 MIT: MIT-EINANDER DURCH DIE KRISE

30 CDA: MITARBEITERBETEILIGUNG SCHNELL DURCHSETZEN

IMPRESSUM

Herausgeber: CDU Hessen, Alfred-Dregger-Haus, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden

Chefredakteurin: Michelle Lardong

Chef vom Dienst: Bastian Zander

Titelbild: CDU Hessen

Fotografen: Alena Weber, Lou-Tizia Reimann, Tobias Koch

Freie Autoren: Helmut Hehn, Andreas Mai, Deliah Eckhardt

Redaktionsanschrift: Hessen Kurier, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden, Telefon: (0611) 16 65-513, Fax: (0611) 16 65-485, E-Mail: info@hessenkurier.de

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten

Verlag und Anzeigenvertrieb: Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden, Telefon (0611) 16 65-513, Fax (0611) 16 65-485

Verlagsgeschäftsführung und verantwortlich für die Anzeigen: Helmut Hehn

Anzeigenvertrieb: BK Kommunikation Verlagsgesellschaft für Politik und Marketing GbR, Voltaire-Weg 6, 76532 Baden-Baden, Telefon: 07221/27 60 27, Fax: 07221/27 61 28 E-Mail: info@bk-kommunikation.de

Anzeigendisposition: Sabine Lauer

Design, Layout & Produktion: GURU GmbH, Cremon 32, 20457 Hamburg www.guru-mc.com

Druck: A&M Service GmbH, Hinter dem Entenpfuhl 13 & 15, 65604 Elz, www.a-m-service.de

Verlagsbeirat: Holger Bellino, Frank Lortz, Manfred Pentz

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Nicht verlangte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Hinweis gem. § 5 HPresseG: An der Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH ist die CDU Hessen durch Treuhänder zu 100 v. H. beteiligt.

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag zeichnet sich im Sinne des Presserechts für die Seiten 14 bis 23 verantwortlich!

Wirtschafts- & Finanzstandort Hessen

Der Mittelstand ist Motor für Innovation, Beschäftigung und Wohlstand. Von seiner Dynamik, von der Kreativität und dem Einfallsreichtum der mittelständischen Unternehmer lebt unser Wirtschafts- & Finanzstandort. Der Mittelstand ist ganz besonders der Schlüssel für Aufschwung und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze. Er tätigt fast die Hälfte aller Investitionen in unserem Land, beschäftigt 68 Prozent aller Arbeitnehmer und bildet 80 Prozent aller Lehrlinge aus.

Die Politik muss vernünftige Rahmenbedingungen schaffen. Vor allem ein starrer und überregulierter Arbeitsmarkt, ständig steigende Sozialabgaben und eine überbordende Bürokratie bremsen den Wirtschafts- und Finanzstandort Hessen.

Das Steuerrecht muss vereinfacht werden. Wir brauchen weniger Sonderregelungen und Entlastungen. Nur einer Politik, die auf die Wirtschaft, den Mittelstand und die Finanzdienstleister setzt, wird es gelingen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.



A portrait of Volker Bouffier, Ministerpräsident of Hesse, with his hand on his chin in a thoughtful pose. He is wearing a light blue shirt.

MACHEN SIE MIT: #GERADEJETZTCDU

” Umfragen zeigen: Ministerpräsident
Volker Bouffier ist so beliebt wie nie! “

CDU-Generalsekretär Manfred Pentz

Wir alle erleben in diesen Wochen und Monaten schwierige Zeiten. Das Corona-Virus stellt die ganze Welt vor große Herausforderungen. Klar ist: Diese Krise ist die größte seit dem Zweiten Weltkrieg, und wir können sie nur gemeinsam

meistern – deshalb müssen auch wir in Hessen ganz besonders eng zusammenhalten.

Deshalb bittet die CDU Hessen die Bürgerinnen und Bürger um ihre aktive Unterstützung. Manfred Pentz,

Generalsekretär der CDU Hessen: „Wir rufen dazu auf, sich jetzt der CDU anzuschließen und gemeinsam anzupacken – für Hessen und füreinander.“

DAS MOTTO:

GERADE JETZT: ZUSAMMENHALTEN. CDU-MITGLIED WERDEN.

„Unser Landesvorsitzender, Ministerpräsident Volker Bouffier, und ich bitten Sie herzlich darum: Greifen Sie unsere Mitmach-Aktion **#GeradeJetztCDU** vor Ort auf! Packen Sie die Gelegenheit beim Schopfe, sprechen Sie Ihre Freunde, Nachbarn und Bekannten an. Trauen Sie sich – jetzt ist die richtige Gelegenheit dafür“, so Manfred Pentz.

Zudem soll die Aktion auch im Hinblick auf die Kommunalwahl 2021 unterstützen: Denn ein großer Teil der politischen Arbeit wird vor Ort geleistet. Deshalb ist die Aktion so konzipiert, dass auch die Stadt- und Gemeindeverbände davon profitieren können.

Ein Großteil der Aktion findet aufgrund der Corona-bedingten Abstandsregelungen online statt. Sharepics, also Kacheln zum Teilen, sind im neuen Online-Designportal der CDU Hessen zu finden. Dort können entweder die fertigen Sharepics mit den Motiven des Landesverbandes heruntergeladen oder das Bild ganz einfach durch ein lokales Motiv ersetzt werden (z.B. das Wahrzeichen einer Stadt oder Gemeinde).

„Aktuelle Umfragen zeigen: Unser Ministerpräsident Volker Bouffier ist so beliebt wie nie – auch dank seiner besonnenen und mit großem Sachverstand geleisteten Arbeit in der Corona-Krise“, betont Pentz. Im Aktions-Video zu „#GeradeJetztCDU“ ruft Volker Bouffier dazu auf, jetzt der CDU beizutreten und gemeinsam für Hessen anzupacken. „Sehen Sie sich das Video an und verbreiten Sie es auf allen Kanälen!“

Die neue Aktions-Website **www.jetzt-cdu.de** ist der zentrale Anlaufpunkt für die Bürgerinnen und Bürger, die CDU-Mitglied werden und sich künftig bei uns engagieren möchten. Auf der Website sind gebündelt das Aktionsvideo, alle Informationen sowie ein einfach auszufüllender Online-Mitgliedsantrag zu finden.

Um die Aktion vom Internet in die analoge Welt zu bringen, stehen im Designportal nun auch personalisierbare Aktionsflyer zur Verfügung. Diese Flyer, auf deren Rückseite sich ein Mitgliedsantrag befindet,

können ganz einfach bestellt werden. „Nutzen Sie die Gelegenheit und organisieren Sie eine Verteil-Aktion Ihres Verbandes: Je mehr Menschen den Flyer in ihrem Briefkasten finden, desto besser. Wir würden uns freuen, wenn Sie Selfies und Fotos Ihrer Verteil-Aktion mit dem Hashtag #GeradeJetztCDU auf Facebook, Instagram und Co. teilen“, so Generalsekretär Pentz. „Jeder einzelne von uns ist gefragt. Packen wir’s gemeinsam an!“

Sie haben Ideen, Fragen, Kritik? Dann schreiben Sie gerne eine E-Mail an **gerade-jetzt@cdu-hessen.de** ■



HIER GEHTS ZUM VIDEO:

Scannen Sie den QR-Code und gelangen Sie direkt zum Video.



DIE CDU STEHT AUCH IN SCHWIERIGEN ZEITEN AN DER SEITE DER MENSCHEN



Infolge der Corona-Pandemie steht das ganze Land vor einer noch nie dagewesenen Herausforderung. „Als CDU stehen wir auch in wirtschaftlich schwierigen Corona-Zeiten an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Pandemie trifft Arbeitnehmer wie Arbeitgeber derzeit hart. Welche wirtschaftlichen Folgen das Virus nach sich ziehen wird, ist abschließend noch nicht abzuschätzen“, macht der Generalsekretär der CDU Hessen, Manfred Pentz, klar. „Die aktuellen Arbeitslosenzahlen lassen aber erahnen, dass die Krise weitreichend sein wird. Dennoch zeigt sich, dass Deutschland mit dem Instrument der Kurzarbeit deutlich besser fährt, als es andere Staaten tun. Die Bundesregierung unter Kanzlerin Dr. Angela Merkel hat das Kurzarbeitergeld finanziell aufgestockt und ermöglicht so Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, mit Einschränkungen weiter ihr Gehalt zu bekommen, auch wenn

es ihren Betrieben und Unternehmen derzeit nicht gut geht.“

Auch die CDU-geführte Landesregierung greift der Wirtschaft in Hessen mit ihren Millionen von Arbeitsplätzen finanziell unter die Arme. „In einem ersten Nachtragshaushalt wurden zur Bewältigung der Krise rund 8,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, weitere sollen folgen“ erklärt Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender Volker Bouffier. Zugute kommen soll das Geld in erster Linie den Menschen und soll so Existenzen und Lebensentwürfe sichern. Bouffier: „Die Bürgerinnen und Bürger bauen darauf, dass das Land tut, was es kann. Sie erwarten dabei Planbarkeit, Verlässlichkeit und schnelle, unbürokratische Unterstützung.“

Deshalb hat die Hessische Landesregierung nicht nur ein Corona-Kommunalpaket geschnürt, durch das der kommunale Schutzschirm erfolgreich beendet wird und 330 Millionen Euro

aus Investitionsprogrammen vorzeitig ausgezahlt werden (siehe Fraktionsteil Seite 21).

Die CDU und die Hessische Landesregierung lassen auch die arbeitenden Menschen, Familien, Unternehmen sowie Künstlerinnen und Künstler nicht im Stich. Zahlreiche Programme wurden hierzu auf den Weg gebracht; etwa die Corona-Überbrückungshilfen. „Einige Branchen hat die Corona-Krise wirtschaftlich besonders hart getroffen. Trotz zunehmender Lockerungen haben etliche engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer in Hessen weiter mit enormen Umsatzeinbrüchen zu kämpfen. Laufende Kosten müssen aber weiter gedeckt werden. Die neue Corona-Überbrückungshilfe ist daher eine wichtige Unterstützung. Sie wird vielen Betrieben, die unverschuldet in finanzielle Schwierigkeiten gekommen sind, über die schwere Zeit hinweghelfen“, betonen Finanzminister Michael Boddenberg und Innenminister Peter

Beuth. „All diejenigen, die nicht die Kriterien für Hilfen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes erfüllen, haben die Möglichkeit, einen Antrag auf Corona-Überbrückungshilfe zu stellen. Das können Kleinunternehmen sein, aber auch große Betriebe mit mehreren hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“, so die Minister.

Die Corona-Überbrückungshilfe ist ein Bundesprogramm, die Länder sind für die Antragsbearbeitung und die Auszahlung zuständig. Anders als bei der Soforthilfe, die beim

Regierungspräsidium Kassel beantragt wurde, müssen sich Unternehmerinnen und Unternehmer für einen Antrag auf Überbrückungshilfe an ein

Software online eingereicht. Die Prüfung der Anträge übernimmt in Hessen das Regierungspräsidium in Gießen. Unterstützt werden die

“ Die Bürgerinnen und Bürger bauen darauf, dass das Land tut, was es kann. Sie erwarten dabei Planbarkeit, Verlässlichkeit und schnelle, unbürokratische Unterstützung. “

Ministerpräsident Volker Bouffier

Steuerberater-, Wirtschaftsprüfer- oder Buchprüferbüro wenden. Dort werden die Voraussetzungen und Antragsunterlagen geprüft. Anschließend wird der eigentliche Antrag über eine bundesweit einheitliche

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kollegen und Kolleginnen aus der Finanzverwaltung. Die Kosten für die Unterstützung der

Fortsetzung auf der nächsten Seite ►

Anzeige

frieda®

Kreativ-Pflaster
in einzigartiger
Naturstein-Optik



eltersberg.de

Besuchen Sie unsere Ausstellung!

Dein Moment mit frieda® – Genieße das „zu-Hause-Gefühl“ mit frieda® zur Gestaltung von Terrasse, Hof und Garten. Unser Kreativ-Pflaster gibt es in den unterschiedlichsten Formen mit mehr als 55 Oberflächen und natürlichen Farben.

Als inhabergeführtes Familienunternehmen fertigen wir Pflastersteine, Bordsteine und Rinnen sowie Mauerelemente aus besten Rohstoffen.

Basalt- und Betonwerk
Eltersberg GmbH & Co. KG
Fioßerweg 100 | 35418 Buseck
Tel. 0 64 08-507-0 | Fax -50
info@eltersberg.de
eltersberg.de

Pflastersteine & Mauern

 eltersberg



Steuerberaterinnen und Steuerberater können als in dem Programm zuschussfähige Fixkosten angesetzt werden.

Die Corona-Überbrückungshilfe soll kleinen und mittelständischen Unternehmen, die ihren Geschäftsbetrieb wegen der Corona-Krise ganz oder zu wesentlichen Teilen einstellen mussten und dadurch weiterhin hohe Umsatzeinbußen zu verzeichnen haben, eine Liquiditätshilfe als Existenzsicherung gewähren. Voraussetzung ist ein Umsatzrückgang in den Monaten April und Mai 2020 um mindestens 60 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr und fortdauernde Umsatzrückgänge von mindestens 40 Prozent gegenüber den Vorjahresmonaten. Anträge können bis Ende August eingereicht werden. Antragsberechtigt sind Unternehmen einschließlich Sozialunternehmen sowie Soloselbstständige und Freiberufler im Haupterwerb.

„Alle Anträge werden zeitnah geprüft, damit die Auszahlung der notwendigen finanziellen Hilfe zur Existenzsicherung so rasch wie möglich erfolgen kann und das Programm ähnlich erfolgreich wird, wie die Soforthilfen“, stellt Innenminister Peter Beuth klar. Die Soforthilfen hätten von Ende März bis Ende Mai vielen kleineren Unternehmen geholfen, erklärt

dazu CDU-Generalsekretär Manfred Pentz. „Insgesamt wurden bisher rund 943 Millionen Euro Soforthilfe an hessische Unternehmerinnen und Unternehmer ausgezahlt. Das belegt, dass die CDU, die Bundesregierung und die CDU-geführte hessische Landesregierung in diesen schwierigen Monaten vielen Unternehmen und

Doch nicht nur die Wirtschaft steht im Focus der CDU-geführten Landesregierung. Das Land Hessen unterstützt vielmehr auch Vereine – etwa durch die Möglichkeit zur finanziellen Unterstützung oder gesetzliche Erleichterungen bei Mitgliederversammlungen – Kultureinrichtungen, Kinos sowie Künstlerinnen und

” Wichtig ist mir die Botschaft:
Wir lassen niemanden im Stich. “

Ministerpräsident Volker Bouffier

damit letztlich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Hessen unbürokratisch und schnell helfen konnten“, so Pentz. Rund 712 Millionen Euro der Mittel kamen vom Bund, 221 Millionen Euro steuerte das Land Hessen bei. Die Hilfen verteilten sich unterschiedlich auf ganz Hessen: Der weitaus größte Teil der Soforthilfen (ca. 69 Prozent) floss an Betriebe aus dem Regierungsbezirk Darmstadt. 17 Prozent entfielen auf den Regierungsbezirk Kassel und 13 Prozent auf den Regierungsbezirk Gießen. In allen drei Regionen gingen die meisten Soforthilfen an Betriebe aus der Dienstleistungsbranche, danach folgte mit Abstand die Gastronomie und der Handel.

Künstler. So wurde beispielsweise die wirtschaftliche Soforthilfe des Bundes aufgestockt und um eine eigene Förderung für Unternehmen mit zehn bis 50 Beschäftigten ergänzt. Anfangs lief zudem eine weitere Phase des Programms „Hessen kulturell neu eröffnen“ an. Das Maßnahmenpaket unterstützt Kultureinrichtungen, die wegen der Corona-Pandemie vor besonderen Herausforderungen stehen. Denn die Wiedereröffnung von Kultureinrichtungen, die damit verbundenen Auflagen, Abstandsregeln und Hygienekonzepte, stellen Konzertveranstalter oder Theater vor große Herausforderungen. Viele setzen dabei auf innovative Veranstaltungs-

„Als CDU stehen wir auch in wirtschaftlich schwierigen Corona-Zeiten an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“
Manfred Pentz



© Tobias Koch

formen, kreative bauliche Lösungen und neue Formen der Einbeziehung des Publikums. Viele dieser Innovationen gibt es nicht zum Nulltarif. Sie kosten Zeit und Geld. Der Fonds soll Kultureinrichtungen und Spielstätten den Neustart erleichtern und damit die Not mildern, die durch die Corona-Pandemie entstanden ist. Kinos, Konzertsäle und Musik-Locations, Soziokulturelle Zentren, Freie Bühnen, Literaturhäuser und unter bestimmten Voraussetzungen auch Museen können bis zu 18.000 Euro Unterstützung für Programm-, Marketing- und Baumaßnahmen erhalten. 500 solcher Fonds-Pakete werden vergeben, davon sind 100 für Spielstätten im ländlichen Raum reserviert. Eine Kombination mit anderen Hilfen, wie den laufenden Bundesprogrammen für die Kultur, sind möglich.

Auch Anträge, die die ersten Phasen des Programms „Hessen kulturell neu eröffnen“ betreffen, können weiterhin gestellt werden. So können freie Künstlerinnen und Künstler Arbeitsstipendien von je 2.000 Euro beantragen, um ihre Projekte in der Pandemie-Zeit weiter zu betreiben. Über 1.500 solcher Arbeitsstipendien mit einem Gesamtvolumen von rund drei Millionen Euro wurden bereits bewilligt. Im August wird die Antragstellung für den letzten Baustein des Programms starten: Projektstipendien für freie Gruppen und Einzelkünstlerinnen und -künstler sollen den Übergang in die vollständige Neueröffnung und die Entwicklung neuer Formate unterstützen. Es stehen Mittel für 250 Gruppen in Höhe von je 18.000 Euro sowie für 1.000 Künstlerinnen und Künstler in Höhe

von je 5.000 Euro bereit. Eine Fachjury beurteilt die Einreichungen. Im Soforthilfe-Programm der Hessen-Film erhalten zudem 54 hessische Kinos insgesamt 477.470 Euro Unterstützung im Umgang mit der Corona-bedingten Ausnahmesituation. Das Geld geht an Kinos in ganz Hessen, vom Rhein-Main-Gebiet bis ins Sauerland, von Osthessen bis ins Lahntal.

„Wichtig ist mir die Botschaft: Wir lassen niemanden im Stich!“, betont Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender Volker Bouffier. Oberstes Ziel sei es, als Gesellschaft gemeinsam durch diese finanziell und auch psychisch schwierige Zeit zu kommen, damit Hessen auch in Zukunft lebens- und liebenswert bleibt. ■

Anzeige





#CDUHessenApptMit

GEMEINSAM STÄRKER!

Seit Mitte Juni steht die viel diskutierte Corona-Warn-App zum Download bereit. Innerhalb kurzer Zeit wurde das Programm über 12 Millionen mal geladen und mittlerweile ist diese Zahl noch weiter angewachsen.

Das ist erfreulich, denn nur, wenn möglichst viele mitmachen, ist die Wirkung einer solchen App auch tatsächlich gegeben. Vor allem zeigt es, dass das Vertrauen in die Regierung und in die Sicherheit der App doch wesentlich höher ist als die Panikmache, die von einigen Seiten betrieben wurde.

Aber wie funktioniert die App und wie kann sie helfen, uns zu schützen? Die Corona-Warn-App hilft, Infektionsketten zu unterbrechen. Sie informiert uns, wenn wir in Kontakt mit infizierten Menschen gekommen sind und sie schützt damit uns und unser Umfeld. Vor allem hilft die App dadurch mit, weitere Lockerungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Konkret speichert die App anonyme Kontaktdaten von anderen Mobiltelefonen. Sobald ein nachweisbar

Infizierter in seiner App die Infektion meldet, werden diejenigen, die Kontakt mit dieser Person hatten, darüber informiert und gewarnt. Das alles geschieht jedoch völlig anonym. Niemand erfährt, wen er wann getroffen hat, wer infiziert ist oder wer wann wo war.

Natürlich ist bereits das Herunterladen freiwillig. Genauso freiwillig geschieht die Meldung der eigenen Infektion und auch bei einer Kontaktwarnung kann man freiwillig entscheiden, ob man sich in Quarantäne oder zur ärztlichen Untersuchung begibt.

Das Herunterladen und Nutzen tut nicht weh, es schränkt niemanden ein, es schützt unsere Daten und unsere Gesundheit – deshalb seien auch Sie dabei und laden Sie sich die App noch heute im AppStore oder PlayStore herunter! ■



GESAMTGESELLSCHAFTLICH GEGEN HASS UND HETZE

JUSTIZMINISTERIN EVA KÜHNE-HÖRMANN



© Laurence Chaperon

Zur Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz hat das Hessische Ministerium der Justiz eine Kooperationsvereinbarung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie HateAid, Reconquista Internet/Hassmelden und ichbinhier, geschlossen.

Hass und Hetze im Netz haben sich für viele Menschen zu einer ernstzunehmenden Bedrohung nicht nur online, sondern auch offline entwickelt. Die hessische Landesregierung nimmt diese Entwicklung sehr ernst und tritt mit dem Aktionsprogramm „Hessen gegen Hetze“ Rechtsextremismus, Gewalt und Hate Speech im Internet entschieden entgegen.

Ein zentrales Element ist die Kooperationsvereinbarung der hessischen Justiz mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die verdächtige Kommentare unmittelbar an die hessische Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) melden. Die Ermittler der ZIT bewerten die Inhalte, um schließlich strafbare Kommentare zu entfernen, die Täter zu identifizieren und, wenn nötig, vor Gericht zu stellen. Bisher sind knapp 22.000 Meldungen eingegangen, aus denen etwa 500 Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden. Diese Zahlen zeigen, dass in der Gesellschaft ein großes Bedürfnis nach strafrechtlicher Ahndung von Hate Speech im Netz besteht.

Seit Mitte September 2019 werden durch die ZIT und durch das Hessische Landeskriminalamt (HLKA) Ermittlungen zum „Lübcke-Prozess“ geführt. Dabei konnten bereits mehrere tausend Kommentare in sozialen Netzwerken gesichert und einer strafrechtlichen Bewertung unterzogen werden. Davon wurden bislang 64 Tatverdächtige identifiziert, gegen die der Verdacht der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten besteht.

Im Juni dieses Jahres haben bundesweite Durchsuchungen und Vernehmungen gegen 39 Beschuldigte stattgefunden. Diese stehen im Verdacht, in sozialen Netzwerken strafrechtlich relevante Inhalte gegenüber dem verstorbenen Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke verbreitet zu haben. Es wurden Beweis- und Tatmittel, wie Computer, Datenträger und Mobiltelefone, sichergestellt, die nun bei der Aufklärung der Straftaten helfen. Hessen ist bei der Bekämpfung von Hasskriminalität gut aufgestellt, dennoch bedarf es noch weiterer gesetzlicher Rahmenbedingungen.

Das im Bund verabschiedete Gesetz gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität leistet hierbei einen wichtigen Beitrag:

- Anbieter sozialer Netzwerke werden verpflichtet, ein Meldesystem einzurichten und strafbare Inhalte

an das Bundeskriminalamt zu melden.

- Beleidigungen im Netz werden härter bestraft – dem Täter drohen künftig bis zu zwei Jahren anstatt einem Jahr Haft.
- Kommunalpolitiker werden besser geschützt, indem üble Nachrede, Verleumdung und Beleidigungen härter bestraft werden.

Das Gesetz zur Bekämpfung von Hasskriminalität geht in die richtige Richtung, aber weist Mängel auf:

- Die Strafverfolgung wird für die Behörden erschwert, da die Erhebung von Nutzungsdaten in sozialen Netzwerken nur noch mit Gerichtsbeschluss zulässig sein wird.
- Volksverhetzende Äußerungen in geschlossenen Gruppen sozialer Netzwerke sind bisher nicht strafbar, da keine Störung des öffentlichen Friedens vorliegt – das muss sich ändern.
- Ob das „Liken“ volksverhetzender Äußerungen strafbar ist, hängt von der technischen Ausgestaltung sozialer Netzwerke ab – hier bedarf es Rechtssicherheit.

Das Gesetz ist ein weiterer wichtiger Baustein, um Hasskriminalität effektiv entgegenzutreten. Klar ist aber, dass wir im Kampf gegen Hass und Hetze noch einen langen Weg vor uns haben. Dieser kann nur gesamtgesellschaftlich gelingen. ■

INFORMATION

Erfahren Sie mehr zum Thema „Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz“ im Podcast der Hessischen Justiz: „Zeit für Justitia – Der Justiztalk aus Hessen!“



AUS DER CDU-LANDTAGSFRAKTION

DER HESSISCHE LANDTAG UND SEINE
AUSSCHÜSSE BESCHÄFTIGEN SICH IM
LAUFE EINER WAHLPERIODE MIT MEHR
ALS 7.000 DRUCKSACHEN ZU EINER
VIELZAHL VERSCHIEDENER
THEMEN.

DER HESSENKURIER HÄLT
SIE AUF DEM LAUFENDEN!





UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ZUM MORDFALL DR. WALTER LÜBCKE

Der schreckliche Mord an unserem CDU-Parteifreund und Kasseler Regierungspräsidenten, Dr. Walter Lübcke, hat Hessen erschüttert. Die Tat am 2. Juni 2019 ist zweifellos eine tiefe Zäsur für jeden, der Dr. Walter Lübcke kannte. Darüber hinaus ist sie ein tiefer Einschnitt für unser demokratisches Gemeinwesen und für unser gesamtes Land. Erstmals seit den abscheulichen Morden der RAF ist ein Repräsentant unseres Staates und unserer freiheitlichen Demokratie offenbar gezielt und aus niederträchtigen Motiven zum Opfer rechtsextremistischer Gewalt geworden.

Immer noch fragen sich viele und fragen auch wir uns: Wie konnte es dazu kommen? Wie ist es möglich, dass

in diesem freien, demokratischen Land ein Politiker mutmaßlich wegen seiner Äußerungen und seiner Ansichten Opfer eines feigen Mordes werden konnte? Dr. Walter Lübcke war ein lebensbejahender Mensch, ein Brückenbauer, der die Interessen der Bürger in Nord- und Osthessen und weit darüber hinaus mit großer Empathie vertreten hat. Er war zehn Jahre lang Mitglied unserer Fraktion im Hessischen Landtag, ein beherzter Christdemokrat und demokratischer Vorkämpfer, der für seine Grundsätze und Werte eingetreten ist. Als Kasseler Regierungspräsident hat er in besonders schwierigen Zeiten humanitäre Größe bewiesen. Umso unverständlicher ist es, dass es genau diese vorbildlichen Tugenden waren, die ihn zur Zielscheibe für

menschenverachtende Anfeindungen und puren Hass machten. Er wurde zum Feindbild von Rechtsradikalen, aus deren Reihen er hinterrücks und kaltblütig ermordet wurde. Es ist und bleibt nach wie vor unbegreiflich, was an jenem 2. Juni geschah.

Der Prozessauftritt vor dem Oberlandesgericht Frankfurt ist nun ein sehr wichtiger Schritt, die fürchterliche Tat und ihre Hintergründe aufzuklären. Unsere Gedanken sind dabei einmal mehr bei der Familie von Dr. Walter Lübcke, die in dem Prozess als Nebenklägerin auftritt. Für sie beginnt wiederum eine schwere Zeit, aber sie alle wissen,

Fortsetzung auf der nächsten Seite ►



Dr. Walter Lübcke wurde am 2. Juni 2019 auf der Veranda seines Hauses in Isthra ermordet. Viele Mitglieder der CDU-Fraktion und der gesamten hessischen Union verloren nicht nur einen Kollegen, sondern einen Freund.

VIDEO ZUR ANDACHT

Am 2. Juni 2020, dem ersten Todestag von Dr. Walter Lübcke, gedachte die CDU-Fraktion ihrem verstorbenen Freund und Kollegen im Hessischen Landtag. Die ganze Andacht können Sie hier im Video anschauen.

Dafür den QR-Code scannen.



dass die CDU-Familie auch in diesen harten Stunden weiter fest an ihrer Seite steht.

Parallel zu dem Prozessbeginn wurde ein Untersuchungsausschuss im Landtag eingesetzt, um Hintergründe und begleitende Umstände zu beleuchten. Ein Ausschuss, den es aus unserer Sicht nicht gebraucht hätte, dient er doch – wie die Verlautbarungen der Opposition in diesen Tagen zeigen – eher der parteipolitischen Profilierung als der eigentlichen Aufklärung. Parteipolitische Interessen haben jedoch angesichts der Tat in den Hintergrund zu treten. Unser Innenminister Peter Beuth hat in den vergangenen zwölf Monaten in praktisch jeder Sitzung des Innenausschusses zu allen Fragen Stellung bezogen und den Ausschuss ausführlich unterrichtet. Ebenso haben die Ermittlungsbehörden von Polizei und Justiz alles dafür getan, die Tat schnellstmöglich aufzuklären und die Anklage der Bundesanwaltschaft vorzubereiten. Ihnen gebührt dafür unser tief empfundener Dank.

Insofern bestand aus Sicht der CDU-Fraktion keine Not, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Und dennoch haben wir dem Antrag zugestimmt. Nicht, weil es unser Wunsch war, sondern weil wir es als unsere Pflicht empfunden haben. Es geht um Mord, um das abscheuliche Verbrechen an unserem Freund Dr. Walter Lübcke. Viele Mitglieder unserer Fraktion und der gesamten hessischen Union haben mit ihm nicht nur einen Parteikollegen, sondern vielmehr einen Freund verloren. Wir stellen uns daher aus Überzeugung an die Spitze der Aufklärung.

Mit der Zustimmung machen wir zudem deutlich, dass unser Hessischer Innenminister im Innenausschuss



CDU-Mitglieder des Untersuchungsausschusses v.l.n.r.: die Abgeordneten Jörg Michael Müller, Uwe Serke, Christian Heinz, Holger Bellino, Max Schad

des Landtags bereits alles, was nun an Dokumenten gefordert wird, auf den Tisch gelegt hat. Wir werden es daher als unsere Aufgabe begreifen, nicht nur aufzuklären, sondern auch und insbesondere die Familie des Opfers zu schützen. Die Familie Lübcke hat unermessliches Leid erfahren und die ständigen Anlässe zu neuen Berichterstattungen, der Prozess und viele andere Umstände führen dazu, dass der nicht enden wollende Schmerz immer wieder neu entflammt. Wir werden nicht zulassen, dass die Familie vor den Ausschuss zitiert wird. Bei allem politischen Diskurs, der in der nun anstehenden parlamentarischen Befassung mit diesem Mord sicherlich noch geführt werden wird, sollte es die gemeinsame Auffassung und Konsens aller Parlamentarier sein, Rücksicht zu nehmen auf die Menschen, die von den Geschehnissen des 2. Juni 2019 härter getroffen wurden als jeder andere.

Abschließend möchte ich überdies einen Punkt noch unmissverständlich deutlich machen:

Die Zustimmung der CDU zu diesem Antrag, den auch die Linke mit eingereicht hat, ändert nichts an unserer glasklaren Haltung, an unserer Abgrenzung nach links und rechts außen. Wir werden es in keiner Weise zulassen, dass die Linke den Mord an Dr. Walter Lübcke instrumentalisiert. Unsere Zustimmung erfolgte aus Verantwortung, aus der Pflicht gegenüber Dr. Walter Lübcke, seinem Andenken und seinem politischen Erbe. Sie bedeutet keine Abkehr von unseren Parteitagsbeschlüssen und unserer inneren Überzeugung, dass wir mit Kräften, die unsere Gesellschaft umstürzen wollen, inhaltlich in keiner Weise zusammenarbeiten. Und das gilt links wie rechts! ■

*Ines Claus,
Fraktionsvorsitzende*

MEHR RESPEKT UND SCHUTZ FÜR UNSERE EINSATZKRÄFTE

Die aktuellen Zahlen des BKA zeigen einen bundesweiten Anstieg der Übergriffe auf Polizeibeamte von ca. 5,4 %. Allein in Hessen wurden letztes Jahr ca. 4.080 Polizeibeamte Opfer von Gewalttaten.

Fünf Jahre zuvor lag diese Zahl noch bei 3.207. Aber auch Rettungskräfte sehen sich seit Jahren zunehmender Gewalt ausgesetzt. Das ist nicht länger hinnehmbar.

WIR SAGEN DAHER:

Wer andere schützt, braucht den Rückhalt unserer Gesellschaft!

UND WIR FORDERN:

Wertschätzung und Dank statt Generalverdacht und Respektverlust!

Übergriffe gegen Einsatzkräfte sind weder ein Kavaliersdelikt, noch haben sie etwas mit zivilem Ungehorsam oder gar einer Partykultur zu tun. In Stuttgart, aber auch auf dem Frankfurter Opernplatz, konnten wir vor kurzem eindrucksvoll erleben, welcher Brutalität und

welchem Hass unsere "Schutzleute" bei ihren Einsätzen teilweise ausgesetzt sind.

Der niedergetretene Polizeibeamte von Stuttgart, aber auch Aufnahmen von jungen Gewalttätern, die nahe der Frankfurter Oper Mülleimer, Flaschen und Stühle in Richtung Polizei werfen, sind Sinnbild dieser Entwicklung; Sinnbild für die Verrohung bei einigen Gruppierungen.

Ein Sinnbild für die Verrohung der Sprache lieferte vor wenigen Wochen eine Berliner Journalistin in einer Zeitungskolumne der taz: Ihr unsägliches Pamphlet gipfelt im Vorschlag, Polizeibeamte auf dem Müll zu entsorgen. Eine Äußerung,

Fortsetzung auf der nächsten Seite ►



Die Gewalt gegen Polizeibeamte nimmt nicht nur zu, neu ist auch die Inszenierung in sozialen Medien. Das aggressive Verhalten gegen die Polizei wird dort dokumentiert und unverhohlen gefeiert.

die mich fassungslos macht! Das ist der geistige Humus, auf dem Gewaltorgien wie in Stuttgart und Frankfurt gedeihen!

Dieses absurde Weltbild und seine medialen Auswirkungen beeinflussen vor einigen Wochen sicherlich auch die gewaltbereiten Jugendlichen in Dietzenbach, die sich in einer Hochaussiedlung dazu verabredet hatten, Einsatzkräfte gezielt in eine Falle zu locken, um sie aus dem Hinterhalt anzugreifen. Besonders perfide: Teile der Linken, wie die Vorsitzende der SPD Deutschlands, stellen aktuell unsere Polizei unter Generalverdacht, statt sich schützend vor diejenigen zu stellen, die für unsere freie Gesellschaft Tag für Tag ihre Gesundheit riskieren!

Für uns Christdemokraten sind das nicht hinnehmbare Entwicklungen. Für uns hat der Schutz von Polizei- und anderen Einsatzkräften immer oberste Priorität. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass hinter jedem Polizisten, Feuerwehrmann oder Rettungssanitäter ein ganz normaler Mensch steckt. Sie sind keine Roboter oder Superhelden. Sie sind Mitmenschen in Uniform. Wir wollen deshalb einen besonderen Schutz für die, die uns schützen. Deshalb verbessern wir in einem permanenten Prozess die Schutzausstattung der hessischen Polizei. Deshalb haben wir eine Gesetzesinitiative angeschoben, die der Bund inzwischen aufgegriffen hat und die den Schutz von Einsatzkräften durch eine Mindeststrafe von drei

Monaten für Angriffe auf Polizisten, Feuerwehrleute oder Sanitäter verbessert. Das ist gut. Aber es geht noch besser. Wir als CDU sind uns mit unserem Innenminister Peter Beuth einig, dass eine Mindeststrafe von sechs Monaten für Angriffe auf Einsatzkräfte angemessen ist. Denn nur so ist sichergestellt, dass die verhängte Strafe nicht in eine Geldstrafe umgewandelt werden kann, sondern Tätern zumindest eine Freiheitsstrafe auf Bewährung als abschreckende Wirkung droht. ■

*Alexander Bauer,
Innenpolitischer Sprecher*

“*Der Bericht in der taz, der Polizisten entmenschlichte, als Abfall betitelte, der auf Müllhalden zu entsorgen sei, ist keine Satire, sondern eine Sauerei.*“

“*Angriffe auf Einsatzkräfte von Polizei, THW, Feuerwehr und Rettungskräften sind unerträglich, infam und schlichtweg asozial.*“

*Holger Bellino, Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag*

Dank des digitalen Lernprogramms Ferdi können Lehrkräfte die Lernfortschritte ihrer Schüler per App nachvollziehen; ein weiterer wichtiger Baustein im hessischen Ferienlernkonzept.



© www.pptabay.com

BESTMÖGLICHE BILDUNGS- UND ZUKUNFTSCHANCEN FÜR HESSENS SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER

Viele Familien haben während der Corona-Pandemie eine außergewöhnliche Situation gemeistert. Das häusliche Lernen der Kinder musste zusammen mit dem Berufsalltag organisiert werden, gleichzeitig erfolgte die Betreuung jüngerer Geschwisterkinder und irgendwie natürlich auch die Erledigung alltäglicher Arbeiten und Pflichten. Dafür gebührt allen Eltern, Lehrkräften, Sozialpädagogen sowie der Schulverwaltung Anerkennung und Dank.

Wir haben seit Beginn der Corona-Krise – auf allen Ebenen – aus meiner Sicht konsequent und planvoll agiert. Die Schulen wurden in kürzester Zeit geschlossen, um die Gesundheit unserer Kinder zu schützen. Vor der Wiederaufnahme des Schulbetriebs im April haben die Schulen umfassendes Unterstützungsmaterial zum Lernen zu Hause und zur Schulorganisation erhalten. Wir haben dann nach einem sehr abgewogenen und

umfassenden Konzept die Schulen wieder schrittweise geöffnet und dabei die Schulträger vor Ort bei der Einhaltung der Hygienevorgaben unterstützt, u.a. mit der Bereitstellung von bisher knapp 2 Millionen Mund-Nase-Schutzmasken und vielen tausend Litern Desinfektionsmittel.

Die Rückmeldungen der Schulen und Eltern waren trotz der großen Herausforderungen in der Corona-Zeit überwiegend positiv. Die Strategie, besonnen mit allen Öffnungsschritten umzugehen, war erfolgreich. Das ist mir noch einmal wichtig zu betonen.

Die Corona-Krise war aber auch ein Feedback für unsere Bildungspolitik. Wir haben erkannt, dass es beispielsweise bei der Digitalisierung – bei der wir bundesweit zu den führenden Ländern gehören – in der Bildung an Schulen trotzdem erkennbar Luft

nach oben gibt und haben deswegen den Ausbau der digitalen Ausstattungen und Angebote beschleunigt und zum Beispiel in kürzester Zeit fast alle hessischen Schulen an das Schulportal Hessen, unsere eigene digitale Lehr- und Unterrichtsplattform, angeschlossen.

Darüber hinaus haben wir für die Sommerferien Möglichkeiten zum Nachholen und Vertiefen von Unterrichtsinhalten, die wegen Corona vielleicht zu kurz gekommen sind, geschaffen. Neben Sommercamps und einer Ferienakademie 2020 hat Hessen als erstes Land überhaupt Schulkindern der Jahrgangsstufen 1 bis 5 mit dem digitalen Förderangebot „Ferd“ die Möglichkeit geboten, verpasste Unterrichtsinhalte in den Ferien freiwillig von zu Hause aus nachzuholen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite ▶

Nach den Ferien startet der Regelbetrieb mit Präsenzunterricht an fünf Tagen in der Woche für alle Schülerinnen und Schüler.

Unser 14-Punkte-Plan für einen erfolgreichen Schulstart 2020/21, gestützt auf den gestärkten

Digitalisierungsprozess sowie die vielfältigen Erfahrungen aus der Zeit der Corona-Krise, stimmen zuversichtlich, dass wir gemeinsam auch die kommenden Herausforderungen meistern werden.

Die CDU-Fraktion im Hessischen

Landtag wünscht allen Schülerinnen und Schülern, den Eltern, den Lehrkräften und damit der gesamten Schulgemeinde einen guten Start ins neue Schuljahr 2020/2021. ■

*Armin Schwarz,
Bildungspolitischer Sprecher*

14-PUNKTE-PLAN ZUR AUFNAHME DES PRÄSENZUNTERRICHTS IN DER 5-TAGE-WOCHE

1 | **Hygieneregeln** (Vermeidung körperlicher Kontakte, Desinfektion, Händewaschen etc.) bestehen fort, das Abstandsgebot von 1,5 Metern wird voraussichtlich aufgehoben.

2 | **Schutzausrüstung** und Hygienemittel werden über die Schulämter verteilt.

3 | Umfassendes **Testkonzept**: Lehrkräfte können sich kostenlos testen lassen, die Wiederaufnahme des Regelbetriebs wird wissenschaftlich begleitet.

4 | Bei **Corona-Verdachtsfällen** werden entsprechende Maßnahmen mit dem Gesundheitsamt getroffen.

5 | Eine Aufhebung der **Präsenzpflicht** ist nur auf der Grundlage eines ärztlichen Attests möglich. Schüler, die nicht am Unterricht teilnehmen können, werden mit digitalen Endgeräten ausgestattet.

6 | **Sicherstellung des Personalbedarfs**, u.a. durch Flexibilisierung der wöchentlichen Pflichtstunden von Lehrkräften.

7 | Die **Lehrkräftefort- und weiterbildung** wird auf die Themenfelder „Medienbildung und Digitalisierung“ sowie „Unterstützung von Lehrpersonal in Grundschulen“ fokussiert und weiter ausgebaut.

8 | Mehrtägige **Klassenfahrten** ab dem 2. Schulhalbjahr, im 1. Schulhalbjahr liegt der Fokus auf Unterricht.

9 | **Kommunikationsstrukturen für den Distanzunterricht** werden ausgebaut und standardisiert.

10 | Für die **Leistungsbewertung** im Distanzunterricht müssen entsprechend technische Möglichkeiten genutzt werden.

11 | **Digitalisierung**: Die digitale Lehr- und Lernplattform, das „Schulportal Hessen“, wird ausgebaut. Seine wesentlichen Funktionen sollen allen Schulen, die dies wünschen, zu Beginn des Schuljahres zur Verfügung stehen.

12 | **Ganztags- und Mensabetrieb**: Die Abdeckung des Unterrichts hat Vorrang vor Ganztags- und Betreuungsangeboten. Der Betrieb von Schulmensen und Kiosken ist ebenso wieder möglich.

13 | **Ferienangebote**: Mit der Lern-app „Ferdi“, den Sommercamps und der Ferienakademie 2020 erhalten Schüler freiwillig die Möglichkeit, Unterrichtsstoff, der wegen Corona versäumt wurde, nachzuholen.

14 | **Schulinspektionen** werden grundsätzlich für dieses Schuljahr ausgesetzt. **Beratungsangebote** der Schulämter finden statt.

MIT MILLIARDENHILFEN AUS DER CORONA-KRISE

HESSISCHER LANDTAG BESCHLIESST SONDERVERMÖGEN

Wir erleben derzeit die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Es ist daher immens wichtig, dass wir den Menschen in Hessen, den Unternehmen, den Arbeitnehmern und den Kommunen schnelle, planbare und verlässliche Finanzhilfen zukommen lassen.

Hierfür ist eine Kreditaufnahme in Milliardenhöhe notwendig. Wir haben mit der Opposition von SPD und FDP über die Art dieser Hilfen intensiv verhandelt. Leider haben wir dabei nicht zu einem gemeinsamen Weg gefunden. Das ist zwar bedauerlich, in einer Demokratie aber auch nicht ungewöhnlich. Als regierungstragende Fraktion müssen wir trotzdem dafür sorgen, dass die Landesregierung jederzeit handlungsfähig bleibt. Das dürfen die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns erwarten!

Mit der Verabschiedung des Sondervermögens „**Hessens gute Zukunft sichern**“ durch den Hessischen Landtag Anfang Juli kann die Landesregierung kraftvoll und verlässlich umfangreiche Unterstützung leisten, um die Folgen der Corona-Pandemie abzumildern und die Weichen für eine gute Zukunft in Hessen zu stellen. Hierfür stehen bis Ende des Jahres 2023 bis zu 12 Milliarden Euro bereit. Dieser Zeitraum gibt den Unternehmen und allen Betroffenen ein hohes Maß an Planbarkeit und Verlässlichkeit.

Wir wissen um die Not in vielen verschiedenen Branchen und von vielen Menschen, deren Existenzen gefährdet sind. Deshalb handeln wir schnell und wir handeln konsequent. Mit den jetzt freigewordenen Mitteln werden wir wichtige Maßnahmen umsetzen können und zielgerichtete

Hilfen vornehmen. Wir nehmen die Sorgen und Probleme der Menschen ernst und helfen, wo wir können. Allein 2,5 Milliarden Euro dieses Pakets sind für die Kommunen vorgesehen. Über konkrete Maßnahmen haben wir bereits in der Sommerpause entschieden. Es ist wichtig, schon jetzt das Signal zu setzen, jedoch ist es wichtig, schon jetzt das Signal zu setzen, dass die Hessische Landesregierung die Städte, Gemeinden und Landkreise nicht im Stich lässt. Das Sondervermögen hilft, die Steuerausfälle in Höhe von fünf Milliarden Euro zu kompensieren.

Zum Erhalt der hessischen Wirtschaftskraft stehen 1,5 Milliarden Euro bereit. Dabei wird ein breites Spektrum an Leistungen abgedeckt, wie z.B. ein Hessenfonds für die

Fortsetzung auf der nächsten Seite ►

Das 12 Milliarden Euro schwere Corona-Sondervermögen soll bis Ende 2023 die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie bekämpfen und die Existenz von Unternehmen und Arbeitsplätzen sichern.



Beteiligung an Unternehmen oder Hilfen für Gaststätten.

Für die digitale Transformation, nachhaltiges Wachstum und Klimaschutz stehen rund 300 Millionen Euro zur Verfügung und für den Gesundheitsschutz noch einmal über 950 Millionen Euro. Darunter fällt beispielsweise die Anschaffung von Schutzkleidung.

Es ist uns bewusst, dass wir einen finanziellen Kraftakt vollführen. Wir leben jedoch in besonderen Zeiten und diese bedingen nun mal auch besondere Maßnahmen für eine gute Zukunft aller Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen in Hessen. „Gestärkt aus der Krise“ ist unser Anspruch und das Ziel unserer Bemühungen.

Um die Folgen der Pandemie bestmöglich abzumildern, benötigen wir in Hessen Planungssicherheit. Die Bürgerinnen und Bürger, die Arbeitnehmer, die Kommunen und die Unternehmen wollen wissen, wie es weitergeht, mit welchen Hilfen sie rechnen können und welche

HIER GEHTS ZUM VIDEO:

Scannen Sie den QR-Code und gelangen Sie direkt zum Video.



Wachstumsimpulse gesetzt werden. Betroffene Arbeitnehmer und Unternehmen brauchen Planungssicherheit, können sich nicht von Nachtragshaushalt zu Nachtragshaushalt hangeln, sondern benötigen jetzt ein starkes Signal für die Zukunft! Das haben wir mit dem Sondervermögen gegeben.

Mit dem Beschluss des 12 Milliarden schweren Hilfspaketes zur Bewältigung der Corona-Krise wollen wir Hessens gute Zukunft sichern und sorgen jetzt für Stabilität, Sicherheit und Vertrauen. ■

*Ines Claus,
Fraktionsvorsitzende*



Wir helfen JETZT!
12 Mrd. Euro

Für Arbeitnehmer & Azubis
Für Familien & unsere Gesellschaft
Für Existenzen, Zukunft & Sicherheit

Für Hessen

Schnelle Hilfe für Hessen

WARUM WIR DAS SONDERVERMÖGEN **JETZT** BRAUCHEN



01

WIR WOLLEN **JETZT** HELFEN

und zwar den Bürgern, Arbeitnehmern, Unternehmen und Kommunen.

02

ES GEHT HIER UM MENSCHEN

die sich auf uns verlassen. Das Sondervermögen hilft **JETZT** und schafft Sicherheit. Der Vorschlag der Opposition tut dies nicht.

03

SCHNELL, VERLÄSSLICH, PLANBAR

Das Sondervermögen sorgt für finanzielle Sicherheit **JETZT**, mehrjährig und bietet Perspektive.

04

OPPOSITION BLOCKIERT DIESE HILFE

Sie möchte viele zeitlich begrenzt wirksame Nachtragshaushalte. → Das Virus hält sich aber nicht an Haushaltsjahre.

05

SCHULDENBREMSE GILT WEITERHIN

Wir fühlen uns ihr nach wie vor verpflichtet.

Wir brauchen dieses Sondervermögen **JETZT**. Die Blockade der Opposition zwingt uns, entsprechend zu handeln.

KOMMUNALWAHLSCHULUNGEN AUF NEUEN WEGEN

KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG HESSEN

Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CDU Hessen möchte Sie bei den anstehenden Aufgaben im kommenden Wahlkampf, aber auch darüber hinaus, unterstützen. Im März wurden auch unsere Vorbereitungen und Schulungsmaßnahmen durch die Corona-Pandemie von einer auf die andere Minute unterbrochen. Es galt, schnell zu reagieren und sich der Situation zu stellen. In kürzester Zeit haben wir ein Studio im Alfred-Dregger-Haus eingerichtet, um unsere Seminare online anzubieten. Seit Anfang Mai konnten wir so 15 Online-Schulungen mit rund 1800 Teilnehmern abhalten. Dieser enorme Zuspruch motiviert uns, weiter an der Technik sowie den Programmen zu feilen und weitere Angebote vorzubereiten.

In den nächsten Monaten wollen wir uns gemeinsam mit Ihnen auf den Weg zur Kommunalwahl im März 2021 machen. So spannend und gut die Online-Veranstaltungen in den letzten Wochen auch waren, haben wir natürlich im Blick, dass der direkte Kontakt und Austausch untereinander unverzichtbar sind. Ab September

bieten wir daher wieder Präsenzveranstaltungen zur Fortbildung und Vorbereitung des Wahlkampfes an. Unser Ziel muss es sein, dass die Wählerinnen und Wähler an diesem Tag ihre Stimmen für eine gute Politik vor Ort abgeben. Nach unserer Vorstellung und Überzeugung sind das Stimmen für die Christlich-Demokratische Union, die an vielen Stellen in Hessen in Kreisen, Städten und Gemeinden schon jetzt gestalterische Mehrheiten hat. Diese Mehrheiten gilt es zu erhalten und auszubauen.

Die KPV ist zum einen die politische Interessenvertretung der großen kommunalen Familie der CDU. Mit ihrem Bildungswerk IBB e.V. schaffen wir zudem einen bildungspolitischen Rahmen, in dem ein umfangreiches Serviceangebot die Arbeit von uns allen vor Ort unterstützt, Mandats- und Amtsträger in ihren Aufgaben fördert und schult und ebenso bei organisatorischen und rechtlichen Fragen Service- und Anlaufstelle für Fraktionen ist.

Wir sind damit zugleich Sprachrohr und Dienstleister für eine erfolgreiche

Kommunalpolitik. Kompetenz in Personen und Professionalität in der Arbeit führen zu Erfolgen in der Sache. Die dafür notwendige Vorarbeit unterstützen wir daher zurzeit noch intensiver.

Wir bieten kommunalrechtliche Beratung, Schulung und Informationen in Sachen kommunale Finanzen, Haushaltsrecht, Planen, Bauen, Kommunalwahlrecht, Umwelt, Verkehr und in vielen weiteren Bereichen.

Auf unserer Homepage www.kpv-hessen.de können Sie sich regelmäßig über unsere Veranstaltungen und Aktionen informieren. Als Mitglied der CDU bzw. KPV Hessen können Sie sich dort im internen Bereich registrieren und damit auch unser neues Ideenportal zur Kommunalwahl nutzen.

Wir wünschen Ihnen für den anstehenden Wahlkampf viel Energie, Kraft und Erfolg und freuen uns darauf, Sie vielleicht bei einer der zahlreichen Veranstaltungen der Kommunalpolitischen Vereinigung in Hessen zu sehen. ■



Seit Anfang Mai nahmen rund 1.800 meist ehrenamtliche Wahlkampfshelferinnen und Wahlkampfshelfer an 15 Online-Schulungen der KPV teil.



Helmut Hehn, Johannes Keßner und Thorsten Weber schulen ca. 100 ehrenamtliche Mitglieder



KOMMUNALWAHL- HANDBUCH 2021



Für die Kommunalwahl am 14. März 2021 haben wir ein Handbuch erstellt, welches Ihnen als Vorlage dienen soll und Informationen für Ihre Öffentlichkeitsarbeit liefern soll. Das Handbuch unterstützt dabei die Kandidatinnen und Kandidaten auf Ihrem Weg in die Parlamente. Neben der Werbelinie der CDU Hessen bekommen Sie eine Einsicht in die Kampagne der CDU Hessen und weitere Formen der Öffentlichkeitsarbeit. Da die Präsenz in den sozialen Medien immer wichtiger wird, erhalten Sie einen Überblick über die Vor- und Nachteile von Facebook, Instagram, YouTube und Twitter. Rechtliche Hinweise für Ihren Wahlkampf sowie ein Einblick über verschiedene Veranstaltungsformate werden Ihnen ebenso in diesem Handbuch gegeben.

Außerdem stellen wir Ihnen das Online-Designportal CreaCheck vor, das Ihnen ein breites Spektrum bietet. Das Designportal ist intuitiv zu bedienen und steht Ihnen für die Gestaltung von Drucksachen und

Online-Werbung zur Verfügung. Neben der Möglichkeit, verschiedene Werbemittel selbst zu gestalten, können Sie ohne Vorkenntnisse in Grafik und Gestaltung, Kacheln, Flyer und Plakate erstellen und direkt bestellen. Wir möchten Sie besonders auf die Möglichkeit hinweisen, dass Sie im Designportal auch Material für die sozialen Medien gestalten können.

Wir hoffen, Sie auf diesem Wege für Ihre örtliche Kampagne bestmöglich unterstützen zu können. Für Ihren anstehenden Wahlkampf wünschen wir Ihnen viel Erfolg! ■

Weitere Infos unter
Telefon 0611 1665-0 oder unter
www.cduhessen.de/vor-ort/



**CreaCheck spart Ihnen bis zu 90 %
der Kosten für Agenturen und Grafiker.
Jetzt gratis anmelden und testen!**



DAS SMARTE ONLINE- DESIGNPORTAL DER CDU HESSEN

CreaCheck ist das smarte, cloud-basierte Online-Designportal. Ohne Vorkenntnisse können Sie in Minuten Flyer, Folder, Broschüren und unzählige weitere Werbemittel erstellen.

- ✓ Intuitives Wahlkampftool für die CDU Hessen und weitere CDU-Landesverbände
- ✓ Zukunftsweisendes digitales Gestaltungssystem für Unternehmen, Institutionen und Behörden
- ✓ Mit wenigen Klicks zur kompletten Kampagne. Ganz ohne Vorkenntnisse.



INHALTLICHER UND PERSONELLER MOTOR DER CDU

JUNGE UNION HESSEN



Zwei für den CDU-Landesvorstand: Andreas Börner, ein junger und überzeugter Europäer, und Akop Voskanian, ein engagierter Kommunalpolitiker

Die Junge Union Hessen ist entschlossen und motiviert, in den kommenden Monaten und Jahren gemeinsam für eine generationengerechte Politik, eine starke CDU und eine Modernisierung unserer

stolzen Volkspartei zu arbeiten. Als CDU müssen wir wieder lauter und sichtbarer werden, inhaltlich und personell. Wir müssen es schaffen, aus unserer Blase herauszukommen und deutlich machen, wofür wir stehen. Nur dann können wir auch weiterhin Wahlen gewinnen.

Inhaltlich legen wir unseren Schwerpunkt auf Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Bildung. Bei diesen Themen wollen wir als Junge Union den Takt vorgeben. Gleichzeitig muss unser Schwerpunkt als Unionsfamilie auf den Kernthemen Sicherheit, Wirtschaft und Finanzen liegen. Verbandsintern müssen wir als CDU

Hessen digitaler und mitgliederoffener werden. Als Junge Union Hessen gehen wir hier voran und werden ein positives Beispiel moderner Verbandsarbeit für die CDU sein.

Um bei diesen Herausforderungen weiterhin an entscheidender Stelle mitzugestalten, schlägt die Junge Union Hessen in Vorbereitung auf den Landesparteitag der CDU Hessen am 26. September zwei Kandidaten für die Wahl in den CDU-Landesvorstand vor. Die JU ist stolz, dass sie mit Akop und Andreas zwei äußerst engagierte Kandidaten ins Rennen schickt. ■

CHARTA DER HEIMATVERTRIEBENEN BLEIBT ANSPORN

UNION DER VERTRIEBENEN HESSEN

Mit der im Innenministerium angesiedelten Landesbeauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf, dem Limburger Landtagsabgeordnete Andreas Hofmeister, Vorstandsmitglied der UdV Hessen und Bundes-OMV, sowie dem Obmann der CDU-Fraktion Max Schad verfügen die Heimatvertriebenen über starke Stimmen in der Hessischen Landesregierung und im Landtag. Für alle drei ist der 5. August 1950 ein besonderes Datum. An diesem Tag verkündeten die Landsmannschaften und Vertriebenenverbände in Stuttgart-Bad Cannstatt die „Charta der Heimatvertriebenen“, in der sie den Grundstein für die erfolgreiche gesellschaftliche Etablierung von mehr als zwölf Millionen Menschen legten, die aus den ehemaligen Ostgebieten vertrieben wurden und im damaligen

Westteil Deutschlands eine zweite Heimat fanden.

Dass diese Charta noch heute als mustergültige Agenda angesehen werden kann, verdeutlichte erst vor kurzem der Vorsitzende der Hessischen Union der Vertriebenen (UdV), der langjährige Frankfurter Landtagsabgeordnete Ulrich Caspar: „Die in der Charta festgelegten Prinzipien der Absage an Revanchismus, der aktiven Teilhabe am Aufbau Deutschlands und eines geeinten Europas sowie die Forderung nach einem Menschenrecht auf eine eigene Heimat sind auch heute noch Eckpunkte einer gelungenen Integration und einer demokratischen Grundgesinnung. Denn Heimat ist nicht nur ein Ort, an dem man sich wohl und verwurzelt

fühlt. Heimat ist auch eine Verpflichtung zur Achtung universeller Menschenrechte und der Wahrung des Friedens.“ Insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Flüchtlingskrisen zeige sich sehr deutlich, welchen Schicksalsschlag der Verlust der Heimat darstelle, aber auch, wofür ein gesellschaftlicher Druck von einer wachsenden Zahl heimatloser Menschen ausgehen könne, so der CDU-Politiker weiter. Caspar: „Ohne einen ethisch-politischen Kompass wird eine solche Herausforderung niemals zu bewältigen sein.“ Wer daher eine Beliebigkeit von Werten, Zielen und Pflichten predige, spiele mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, ja mit der freiheitlichen Grundordnung an sich und damit mit dem Frieden, so der UdV-Vorsitzende abschließend. ■

Bauen mit Spaß und Anspruch

Das Architekturbüro **Karl Kaffenberger Architektur | Einrichtung** engagiert sich seit über zehn Jahren vorwiegend im Segment der individuellen Villenarchitektur

Sie bauen Ihre Häuser ganz überwiegend in Hessen?

KK: Richtig, wir haben zwar bereits auch in Stuttgart, Würzburg oder bei Mainz gearbeitet, sind aber überwiegend im Odenwald, an der Bergstraße und im Taunus tätig.

Gibt es aus Ihrer Sicht aktuelle Trends in der Architektur?

Das kommt darauf an, welchen Bereich Sie meinen, technisch sind das Thema 'SmartHome' und BimX zu nennen; die Gebäude werden immer effizienter und müssen sich den sich ändernden Anforderungen stellen.

Smart Home, BimX - können Sie einem Laien kurz erklären, wofür diese Begriffe stehen?

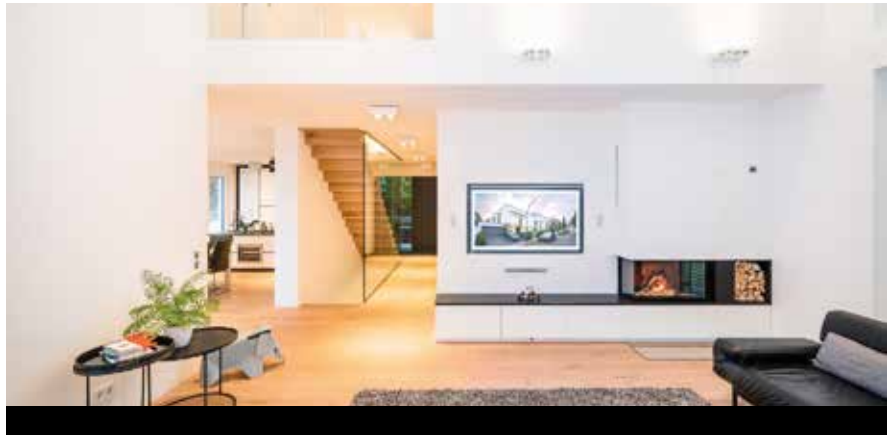
KK: Gern, pardon, bei uns haben sich viele Begriffe eingebürgert, die ganz selbstverständlich benutzt werden. 'Smart Homes' meint Häuser, bei denen, auch von unterwegs, via Handy, Befehle gegeben werden können: Licht und Klang sind ebenso programmierbar wie der Rasensprenger, der Rasenmäher, die Heizung usw., was den Komfort deutlich erhöht.



Und BimX?

KK: BimX ist ein Planungstool, mit dem wir seit Jahren arbeiten, es steht für 'Building Information Modelling' oder zu deutsch: 'Bauwerksdatenmodellierung'. Das meint vernetztes CAD-basiertes Arbeiten, alle relevanten Bauwerksdaten werden digital eingegeben. Das ermöglicht etwa mit dem 3D-Modell einen virtuellen Rundgang durch's zukünftige Haus, was für viele Kunden eine große Hilfe ist.

Das hört sich alles recht kompliziert an.



KK: (Lacht) Ja, in der Tat, aber das ist unser tägliches Brot! Die Planung eines Gebäudes ist ein komplexer Vorgang, der ein hohes Maß an Koordination aller Beteiligten verlangt und natürlich ist auch die Fülle der einzuhaltenden Vorschriften enorm und nimmt eher zu als ab.

Vom technischen Aspekt abgesehen: Würden Sie sagen, dass es Trends gibt, was die Wünsche Ihrer Kunden betrifft?

KK: Durchaus, wobei es darauf ankommt, ob wir im Bereich 'Denkmalschutz' arbeiten, wir haben große Villen im Rheingau oder im Taunus saniert, die als Kulturdenkmal rangieren - oder ob wir zum Entwurf eines Architektenhauses beauftragt werden.

Wenn wir den Entwurf eines neuen Hauses nehmen?

KK: Grundsätzlich orientieren wir uns an der Klassischen Moderne, wir mögen offene Grundrisse und viel Tageslicht in den Räumen sowie die Verbindung von Innen und Außen durch Terrassen und Balkone, also quasi die Erweiterung des Wohnraums in's Grüne. Unsere Bauherrenfamilien wünschen sich etwas Individuelles, einen Entwurf, der ihre besonderen Vorlieben aufnimmt. Immer aber wird natürlich ein Haus mit höchster Wohnqualität erwartet. Ankleiden, Kamine, etwa ein Dreiseitkamin als Raumteiler im Wohnraum, aber auch Lufträume spielen zunehmend eine Rolle, also Räume, die im Innern über zwei Geschosse reichen, unter Umständen mit Galerie. Doch auch das Badezimmer als private Wellnessarea ist ein Trend, größer als die 'Nasszellen' frühe-

rer Tage, ausgestattet mit exklusiven Waschtischen, besonderer Lichtführung, Soundsystem und Sauna. Es kommt aber auch vor, dass einmal ein Weinkeller gewünscht wird, nicht zuletzt erlebt der Pool eine Renaissance.

Was macht für Sie Architektur zu guter Architektur?

KK: Darüber könnte und müsste man länger reden und weiter ausholen, das wäre ein abendfüllendes Thema. Mit Richard A. Meier kann man sagen, dass Architektur im Idealfall die direkte Auseinandersetzung mit dem Menschen ist und mit Libeskind, dass es die Aufgabe der Architektur ist, das Leben besser zu machen. Schon die Wahl der Lage und damit die Umgebung des Anwesens spielen natürlich eine entscheidende Rolle. Die Öffnung nach Außen, also die Verbindung zwischen Innenraum und Außenraum, eine Dachterrasse oder ein begrüntes Dach erhöhen die Lebensqualität merklich. Oft sind es auch vermeintliche Details, die eine große, täglich zu spürende Wirkung haben. - Ich glaube aber, dass das besondere Etwas guter Architektur nur zum Teil von außen wahrzunehmen ist - Sie spüren es, wenn Sie sich darin aufhalten oder das Glück haben, darin leben zu dürfen. Um dies zu erreichen, arbeiten wir in einem Team aus Architekten, Innenarchitekten, Licht- und Landschaftsplanern.

Vielen Dank für dieses Gespräch!

KK: Ich habe zu danken!

KARL KAFFENBERGER
Architektur | Einrichtung

KINDER VOR GEWALT UND MISSBRAUCH SCHÜTZEN FU HESSEN FORDERT UMFASSENDE STRATEGIE

FRAUEN UNION HESSEN



Landesvorsitzende
der Frauen Union,
Diana Stolz

Die Frauen Union (FU) Hessen fordert, Kinder wirksamer vor Gewalt zu schützen sowie Täter konsequent zu bestrafen. „Wir brauchen einen Dreiklang für den Kinderschutz: Täter härter bestrafen, Ermittlungsmöglichkeiten für die Polizei verbessern und Prävention für Kinder ausweiten“, sagt die FU-Vorsitzende Diana Stolz.

Das Thema muss auf allen Ebenen angegangen werden. Strafverschärfungen, die Ministerin Eva Kühne-Hörmann bereits seit 2014 in diesem Bereich fordert, wurden jedoch vom SPD-geführten Bundesjustizministerium ausgebremst. Daneben hält die FU weitere juristische Regelungen für nötig, um Missbrauch zu entdecken und vorzubeugen. Ermittler brauchen zur Strafverfolgung dringend die Verbindungsdaten der Täter. Der Datenschutz der Täter dürfe nicht über dem Kinderschutz stehen.

Für Hessen sind zeitgleich zwei Maßnahmen prioritär: Erstens fordert die FU die Einsetzung eines

Landesbeauftragten für die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern. Zweitens müssen Kinder schon bei Verdacht auf Misshandlung geschützt werden und eine rechtssichere Dokumentation als Grundlage für weitere Entscheidungen, z.B. vor Gericht, vorhanden sein. Dies soll durch den dringend nötigen Ausbau von Kinderschutzambulanzen geschehen.

Die Kernforderung der FU Hessen ist eine weitreichende Initiative für mehr Kinderschutz auf Bundes- und Landesebene in den Bereichen Strafen, Ermittlungsmöglichkeiten und Prävention. ■

BLUTSPENDEVERBOT NICHT MEHR ZEITGEMÄSS

LESBEN UND SCHWULE IN DER UNION HESSEN



Der LSU-Vorsitzende Matthias Block-Löwer (li.) im Gespräch mit der Fraktionsvorsitzenden Ines Claus und dem gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktion, Dr. Ralf-Norbert Bartelt.

Blut- und Plasmaspenden retten Leben. Doch vor allem im Sommer kommt es zu Engpässen. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass schwule und bisexuelle Männer von einer Spende gesetzlich ausgeschlossen sind.

Ende Juni wurde die Frage auch im Hessischen Landtag debattiert. Der Landesvorsitzende der LSU, Matthias Block-Löwer, hatte im Vorfeld der Plenardebatte im Gespräch mit der Fraktionsvorsitzenden, Ines Claus, und dem gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktion, Dr. Ralf-Norbert Bartelt, für eine klare Positionierung geworben:

„Ich glaube, es war gut, herauszustellen, dass es keinen vernünftigen Grund für die Diskriminierung von schwulen und bisexuellen Männern bei der Blutspende gibt. Die CDU-Fraktion hat daher dem Entschließungsantrag zugestimmt, der forderte, die sexuelle Orientierung als Kriterium für einen Ausschluss

von der Blutspende in die Geschichtsbücher zu verbannen!“

Eine etwaige Gefährdung hänge schließlich mehr vom individuellen Sexualverhalten als von der sexuellen Orientierung ab. Bisher gelte die Regelung, dass Männer, die mit Männern Sex haben, ein Jahr lang diesen nicht mehr vollzogen haben dürfen. Das sei diskriminierend und fern jeglicher Realität. Außerdem sei es kein Problem mehr, von Infektionskrankheiten betroffenes Blut innerhalb von vier Monaten sicher zu identifizieren, so Block-Löwer. Denn wichtigstes Kriterium sei selbstverständlich der Schutz der Empfänger und der stehe über allem. ■

Vermögensberatung
macht aus Wünschen
erreichbare Ziele.



So viele Menschen es gibt, so verschieden sind ihre Wünsche oder Ziele. In welcher Lebenssituation Sie sich auch befinden: Wir beraten Sie persönlich, passgenau und langfristig in sämtlichen finanziellen Fragen. Auf unsere ganzheitliche Finanzberatung vertrauen schon heute rund 8 Millionen Menschen in Deutschland.

Mit einer unserer mehr als 5.000 Direktionen und Geschäftsstellen sind wir auch in Ihrer Nähe. Bauen auch Sie auf 45 Jahre Finanzkompetenz und Erfahrung von Deutschlands größter eigenständiger Finanzberatung.



Deutsche
Vermögensberatung

Informieren Sie sich bei unserer kostenlosen
Kundenhotline unter: **0800 3824000** oder finden Sie Ihren
persönlichen Vermögensberater unter: **www.dvag.de**

MIT-EINANDER DURCH DIE KRISE, MIT UNS IN DIE ZUKUNFT

MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSUNION HESSEN



Krisen zeigen, dass man Abläufe hinterfragen muss, um sich weiterzuentwickeln. Dies gelingt nur, wenn man in der Politik einen verlässlichen Partner hat, der sich seiner Verantwortung bewusst ist und sich dieser stellt. Das ist unserer hessischen CDU mit ihren Entscheidungsträgern auf allen Ebenen bestens gelungen – allen voran Volker Bouffier! Dafür HERZLICHEN DANK! Es gibt kaum Situationen, in denen die MIT zum

Schulden machen raten würde. Diese Pandemie ist eine. Die MIT begrüßt daher das weitsichtige Vorgehen der hessischen CDU, die umfangreiche Hilfen für den Mittelstand durch das Sondervermögen auch langfristig ermöglicht. Nun gilt es, Chancen, die wir uns mit den Schulden erkaufen, zu nutzen, um in digitale Zukunftstechnologien zu investieren und Wettbewerbsvorteile im Energie- und Mobilitätssektor zu erzielen. Mit der „Düsseldorfer Erklärung“ der wirtschaftspolitischen Sprecher wurde unsere Forderung

von der CDU aufgegriffen, die Wasserstoffstrategie technologie- und sektorenoffen zu gestalten. Wir brauchen neben dem „grünen“, durch Elektrolyse mit Erneuerbaren Energien gewonnenen Wasserstoff, auch „türkisen“ und „blauen“ Wasserstoff, der klimaneutral aus Biomasse oder gasifiziertem Müll gewonnen wird. Als Union müssen wir dies umsetzen. Deutschland und die EU können es sich nicht länger leisten, abhängig von anderen Ländern zu wirtschaften, weil wir Standorte geschlossen oder Technologieführerschaft verkauft haben. Deutschland braucht die Re-Industrialisierung – MIT der CDU wird sie gelingen! ■

BESCHLUSS DES KOALITIONSAUSSCHUSSES ZUR MITARBEITERBETEILIGUNG SCHNELL UMSETZEN

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN ARBEITNEHMERSCHAFT HESSEN



Prof. Dr. Matthias Zimmer,
Landesvorsitzender der CDA Hessen

Der Bundesverband Deutsche Startups hat aktuell eine Studie zur Mitarbeiterbeteiligung veröffentlicht.

In dieser wird deutlich, dass Startups das Instrument der Mitarbeiterbeteiligung brauchen. Um also Deutschlands Attraktivität für Startups zu verbessern, müssen wir die Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligungen verbessern, denn diese sind eine Win-win-Chance: Junge Startups können hochqualifizierte Mitarbeiter über attraktive Vergütungsmöglichkeiten und Eigenverantwortung anwerben. Mitarbeiter haben die Möglichkeit, in erheblichem Umfang vom Erfolg des Unternehmens zu profitieren. Wichtig ist, dass für Mitarbeiter durch geregeltes Einkommen keine existenziellen Risiken entstehen.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen sind in Staaten wie den USA, Großbritannien oder auch Schweden einfacher – daher sind Beteiligungen dort auch gängiger. Im europäischen und internationalen Vergleich ist besonders die steuerliche Attraktivität von Beteiligungsmodellen in Deutschland gering. Wir müssen deshalb Themen wie die Erhöhung des Steuerfreibetrags für Mitarbeiterbeteiligungen oder die faire Besteuerung des Erlöses von Mitarbeiteranteilen angehen. Längerfristig sollten wir zudem prüfen, wie ein ausgeglichener Regelungsrahmen für virtuelle Mitarbeiterbeteiligungen geschaffen werden kann. ■

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

» **FÜNF**
REGELN, 100 %
FASZINATION. «

Simona, 26, Auszubildende Automatenfachfrau

WIR KÄMPFEN FÜR EIN LEGALES SPIEL
MIT **FÜNF REGELN** FÜR SPIELHALLEN:

Zutritt nur ab 18 • Kein Alkohol • Geschultes Personal
Spielerschutz • Geprüfte Qualität



automatenwirtschaft.de

Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst. Darum halten wir uns an strenge Grundsätze. Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info-Tel. BZgA unter 01801-372700 (3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus deutschen Mobilfunknetzen).

DIE WINDKRAFT

Energie für den Neustart

Treffer sichere Einnahmen
auch in der Krise!

Windparks unterstützen kommunale Einrichtungen

Mehr beim Bundesverband WindEnergie e.V. auf www.wind-energie.de